

# SOLIDARISCH



**DER RECHTSRUTSCH BEDROHT AUCH DIE SOLIDARISCHE WEITERENTWICKLUNG DES ALTERSRENTENSYSTEMS.** Insbesondere die im Ständerat erreichte Stärkung der AHV muss im Interesse der unteren Einkommen nun auch den neu zusammengesetzten Nationalrat übernommen werden.

## Die Schweiz kann und muss sich solide Altersrenten leisten!



Jean-François Steiert  
Nationalrat SP,  
Freiburg

Die Schweiz hat ein finanziell ausserordentlich stabiles Altersrentensystem. Die steigende Lebenserwartung und die tiefen Kapitalerträge verlangen zwar Anpassungen, damit das Leistungsniveau erhalten und vor allem für tiefe Einkommen auch verbessert werden kann – doch kosten diese Anpassungen deutlich weniger als die Steuer geschenke an die Reichsten, die in den letzten Jahren von den Rechtsbürgerlichen durchgesetzt wurden. Diese versuchen zwar nun, Katastrophenstimmung zu verbreiten und damit eine Erhöhung des Rentenalters auf bis zu 70 Jahre oder massive Kürzungen der laufenden Renten zu rechtfertigen. Tatsache ist: Eine Rentenreform, die nicht nur der vielbeschworenen Solidarität zwischen Jung und Alt, sondern auch derjenigen zwischen Frau und Mann sowie zwischen Reich

und Arm Rechnung trägt, ist machbar. Sie ist in den nächsten Jahren die wichtigste sozialpolitische Auseinandersetzung der Schweiz – und damit auch die grösste Herausforderung für alle sozialen Bewegungen in unserem Land!

### **Mehr Solidarität ist nötig und finanzierbar**

Die Lebenserwartung in der Schweiz steigt seit langem stetig. Rechte Politiker behaupten deshalb seit Jahrzehnten, die AHV müsse abgespeckt werden, sonst würde sie kollabieren. Fakt ist: Die AHV-Finzen sind nach wie vor ausgeglichen, weil die Einnahmen zugenommen haben – insbesondere dank der deutlich höheren (Frauen-)Erwerbsquote und den gestiegenen Löhnen, die das ungünstigere Verhältnis zwischen der Anzahl Aktiver und jener der Rentner gemeinsam mit einem

Mehrwertsteuerprozent kompensieren konnten.

Auf diesen Stärken muss auch die Zukunft unserer Altersrenten aufgebaut werden, mit mehr statt weniger Solidarität

**zwischen Arm und Reich:** mit einer Stärkung der AHV, die solidarisch finanziert wird und bezüglich Verwaltungskosten massiv besser abschneidet als die zweite Säule, deren Renten heute um 20 Prozent den Löhnen hinterherhinken – und mit der Möglichkeit eines früheren Rentenantritts für Bezügerinnen tieferer Einkommen, weil diese im Schnitt bis zu 10 Jahre weniger lang leben als die Reichsten;

**zwischen Frauen und Männern:** Wer das Rentenalter 65 für Frauen als Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit fordert, vergisst, dass eine Frau heute vom Erreichen des Rentenalters bis zum Tod durchschnittlich 200 000 bis 250 000 Franken weniger aus den beiden ersten Säulen bezieht als ein Mann; prioritär ist deshalb eine finanzielle Stärkung der Frauen (und damit im Übrigen ihrer Ehepartner) mit kleineren Eintrittsschwellen und besserer Berücksichtigung der Teilzeitarbeit in

der zweiten Säule, bevor über eine Erhöhung des Frauenrentenalters gesprochen werden kann;

**zwischen Jung und Alt oder, besser, zwischen den heutigen und den künftigen Rentnerinnen und Rentnern:** Dazu gehören eine Stärkung der AHV, weil diese im Umlageverfahren und damit generationenneutral finanziert wird, und eine ausgeglichene Finanzierung der zweiten Säule – mit gestärkten Einnahmen unter anderem über einen früheren Beitragsbeginn, einen höheren gesetzlichen Anteil der Versicherten an den Milliarden Gewinnen

der Lebensversicherer und ihrer Aktionäre und nur dann einer Senkung des Umwandlungssatzes, wenn diese insbesondere für kleine und mittlere Einkommen ausreichend kompensiert wird.

### Engagement von allen ist nötig

Der Bundesrat hat dies zumindest teilweise erkannt, ist aber insbesondere bei den Konsequenzen für die Frauen und bei der Solidarität zwischen Arm und Reich unter den Erwartungen geblieben. Die soziale Dimension besser berücksichtigt hat der Ständerat, der mit der Erhöhung

### SCHEINHEILIGE KRITIK

Die Rechtsbürgerlichen bemängeln, es sei unverantwortlich, AHV und 2. Säule nur bis in die 2030er-Jahre zu sichern. Dieselben Personen monieren auch, dass die Energiestrategie 2050 viel zu weit in die Zukunft gehe. Mit willkürlichen Katastrophenszenarien für die ferne Zukunft versuchen sie, Sozialabbau hier und jetzt als Notwendigkeit zu erklären. Tatsache ist: Keiner weiss heute, wie sich die Wirtschaft in den nächsten zwanzig Jahren entwickeln wird. Für das finanzielle Gleichgewicht des Rentensystems ist dies aber entscheidend. Es ist auch nicht erwiesen, dass sich die rasche Erhöhung der Lebenserwartung der letzten Jahrzehnte so fortsetzen wird. Die aktuellen Zahlen sprechen eher für eine Verlangsamung. Wie in der Vergangenheit wird es deshalb auch in Zukunft notwendig sein, etwa alle 15 Jahre Anpassungen am Rentensystem vorzunehmen. Genau für diesen Zeitraum soll die Rentenreform 2020 finanzielle Solidität und eine Stärkung der sozial Schwächsten bringen.

der AHV-Rente von monatlich 70 Franken für Alleinstehende und 226 Franken für Ehepaare ein klares Zeichen gesetzt hat: für die Stärkung der Sozialversicherung, die für die grosse Mehrheit der Menschen in unserem Land nach wie vor die wichtigste Einkommensquelle im Alter ist.

Dieses Resultat gilt es nun im Nationalrat unter seit den letzten Wahlen erschwerten Umständen zu übernehmen und im Interesse der unteren Einkommen – wo die Frauen stark übervertreten sind – zu verbessern. Die SP wird sich dafür einsetzen. Gleichzeitig müssen wir alle im Hinblick auf kommende Abstimmungen bereits heute den Menschen, denen wir im Alltag begegnen, auf der Strasse, unter Freunden oder in Leserbriefen, Fakten und Argumente gegen die verlogenen Behauptungen der Sozialabbauer mitgeben. So – und nur so – können wir ein wichtiges sozialpolitisches Zeichen gegen den Rechtsrutsch des letzten Herbstes setzen!

Literatur zur Rentenreform: **Eine starke Altersvorsorge für Jung und Alt**, SGB, August 2015 (kann unter [www.sgb.ch](http://www.sgb.ch) heruntergeladen oder bestellt werden).

## EIN KERNANLIEGEN DER SP

# Mehr bezahlbare Wohnungen



Marina Carobbio, Nationalrätin SP, Präsidentin Schweizerischer Mieterinnen- und Mieterverband, Tessin

Viele Mieterinnen und Mieter haben Angst, sich die steigenden Mietpreise nicht mehr leisten zu können und aus ihrem Quartier wegziehen zu müssen. Andere empören sich darüber, wie Vermieter und Vermieterinnen ihre Gewinne auf Kosten der Mieterschaft in die Höhe treiben wollen.

### Bundesrat handelt nicht

Ihre Sorgen und Entrüstung sind berechtigt. Die Miete ist der grösste Posten im Haushaltsbudget. Bei Einkommen von unter 5000 Franken macht er mehr als 30 Prozent der Ausgaben aus. 500 000 Haus-

halte in der Schweiz müssen bei Kleidern oder bei Gesundheitsausgaben sparen, damit sie sich das Wohnen leisten können!

Der Bundesrat sagt zwar seit Jahren, dass er sich für bezahlbaren Wohnraum einsetzen wolle – ohne aber diesen Worten Taten folgen zu lassen. Er hat es beispielsweise verpasst, die SBB und andere bundesnahe Betriebe in die Pflicht zu nehmen: Sie können auf ihren Grundstücken weiterhin die Rendite maximieren, anstatt preisgünstigen Wohnungsbau fördern zu müssen. Heute verkauft die SBB an Investoren, die Wohn- und Geschäftsräume im obersten Preissegment bauen.

### Vier Massnahmen für mehr bezahlbaren Wohnraum

Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband hat deshalb im 2015 gemeinsam mit der

SP und weiteren Organisationen die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» lanciert. Diese Initiative verlangt eine Steigerung des Anteils gemeinnütziger Wohnungen: Eine von zehn neu gebauten Wohnungen soll im Besitz von Wohnbaugenossenschaften oder anderen gemeinnützigen Wohnbauträgern sein. Diese schaffen bezahlbaren Wohnraum, anstatt Profit auf Kosten der Mieterinnen und Mieter zu machen.

■ Kantone und Gemeinden ihrerseits sollen ein Vorkaufsrecht für geeignete Grundstücke einführen können, um diese dem gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.

■ Bund und bundesnahe Betriebe sollen ihr Land zudem zuerst den Gemeinden und Kantonen zum Kauf anbieten. So können in Zukunft auf SBB-Arealen preisgünstige Wohnungen entstehen.

■ Schliesslich sieht die Initiative einen Subventionsstopp für Luxusumbauten vor: Fördergelder für energetische Sanierungen dürfen nur ausbezahlt werden, wenn sie nicht zum Verlust von preisgünstigem Wohnraum führen.

Mit diesen vier einfachen Massnahmen können wir den Mietdruck senken. Wir sorgen dafür, dass die Menschen in der Schweiz wieder mehr im Portemonnaie haben und nicht die Renditesucht der Eigentümer befriedigen müssen.

In den letzten Jahren haben Sektionen der SP mit Verbündeten in vielen Städten und Gemeinden Initiativen lanciert und gewonnen. Diese Erfolgsgeschichte muss weitergeführt werden.

**Unterschreiben:**  
[www.bezahlbare-wohnungen.ch](http://www.bezahlbare-wohnungen.ch)

ALLE MENSCHEN SIND FREI UND  
AN WÜRDE UND RECHTEN GEB  
SIE SIND MIT VERNUNFT UND GE  
BEGABT UND SOLLEN EINANDER  
GEISTE DER BRÜDERLICHKEIT BE  
ART. 1 DER ALLGEMEINEN ERKLÄRUNG DER ME

Beim österreichischen Parlamentsgebäude ist der erste Artikel der Menschenrechtsdeklaration prominent beim Haupteingang platziert.

**DIE MENSCHENRECHTE SIND EINE WICHTIGE ZIVILISATORISCHE ERRUNGENSCHAFT.** Doch seit einigen Jahren geraten sie auch in der Schweiz zunehmend unter politischen Druck.

## Menschenrechte gelten nicht nur



Bea Heim,  
Nationalrätin SP,  
Solothurn

Am 10. Dezember war der Internationale Tag der Menschenrechte. Er erinnert an den 10. Dezember 1948, an dem die UN-Generalversammlung die «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» verabschiedet hat. Die Welt stand damals noch stark unter dem Eindruck der Gräueltaten, die im Namen der Nazi-Ideologie und ihrer Vorstellung einer überlegenen «Herrenrasse» begangen worden waren.

### Einklagbare Rechte garantiert

Die Menschenrechts-Charta ist ein starkes Bekenntnis dazu,

dass allen Menschen auf unserem Planeten die gleichen Rechte zustehen «ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand». Aber die Erklärung ist – wie es ihr Titel schon andeutet – «nur» ein moralisches Bekenntnis, aus dem sich kein individuell einklagbares Recht ableiten lässt.

Anders sieht es bei der Europäischen Menschenrechtskonvention aus. Die ist zwar knapp zwei Jahre jünger als die UN-Erklärung, dafür ist die Verletzung der durch sie garantierten Rechte von jedem Menschen in den Unterzeichnerstaaten individuell einklagbar. Für Schweizerinnen und Schweizer gilt dies übrigens erst seit 1974 – unser Land brauchte

«Wer die  
Freiheit  
aufgibt, um  
Sicherheit zu  
gewinnen,  
der wird am  
Ende beides  
verlieren.»

Benjamin Franklin

fast ein Vierteljahrhundert, bis es sich zum Beitritt entschliessen konnte. Und noch heute sind nicht alle Zusatzprotokolle von der Schweiz ratifiziert. Mit den sozialen Rechten tut sich die rechte Mehrheit dieses Landes immer noch sehr schwer. Da geht das Geschäft noch immer vor Gerechtigkeit.

### Menschenrechte müssen auch in der Schweiz verteidigt werden

Wenn wir von Verletzung der «Menschenrechte» reden, denken die meisten wohl an totalitäre Staaten. Und an Konflikte, bei denen jede Grausamkeit begangen wird, um die eigene Position zu stärken. Doch wir brauchen nicht nach Afrika, in den Nahen Osten oder den Orient zu schauen, um zu begreifen, wie dünn der Firnis der Zivilisation ist, wenn die Gemüter in Wallung geraten.

GLEICH  
OREN.  
WISSEN  
ER IM  
GEGNEN.  
NSCHENRECHTE.



Kinder von UNO Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betrachten im Jahre 1950 die damals zwei Jahre alte Menschenrechtsdeklaration.

Das Gebäude des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Strassburg.



## ir bei Sonnenschein

Gerade im Zusammenhang mit der Herausforderung durch den islamistischen Terror gibt es immer wieder erschreckende Entgleisungen, auch bei uns. Da fantasieren selbst Politikerinnen aus der «bürgerlichen Mitte» von flächendeckenden Razzien bei Muslimen und Ausgehverboten für alle, die an Allah glauben. Ganz zu schweigen von den widerlichen Vernichtungsfantasien, die in den sogenannten «sozialen Medien» geäußert werden. Politiker, die sich selber «liberal» nennen, plädieren für eine Totalüberwachung aller Bürgerinnen und Bürger. Sie haben vergessen, was Benjamin Franklin gesagt haben soll: «Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, der wird am Ende beides verlieren.»

Besonders störend ist es deshalb auch, wenn selbsternann-

te Verteidiger des «christlichen Abendlandes» und «unserer Werte» die Menschenrechte unter Dauerfeuer nehmen, um ihre trübe politische Suppe zu kochen. Menschenrechte gelten für alle. Und immer.

Bis vor wenigen Jahren haben in der Schweiz nur religiöse und politische Splittergruppchen öffentlich gegen die Menschenrechte agitiert. Das hat sich leider geändert. Die SVP hat in der letzten Zeit gleich zwei Initiativen lanciert, die mehr oder weniger offensichtlich darauf hincielen, die Menschenrechte ganz oder teilweise ausser Kraft zu setzen. Es ist zu hoffen, dass sich eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger daran erinnert, dass Menschenrechte nicht nur am Sonntag und bei Sonnenschein gelten.

## Information aus erster Hand

Mit dem Magazin «solidarisch» informiert die SP Schweiz ihre Gönnerinnen und Gönner aus erster Hand über aktuelle politische Entwicklungen.

SP-Mitglieder aus dem National- und Ständerat berichten über ihre jeweiligen Fachgebiete, um Sie über unsere politische Arbeit ins Bild zu setzen.

Unser Einsatz für die sozialdemokratischen Ziele kann dank Ihrer Unterstützung fortgesetzt und verstärkt werden. Wenn Sie «solidarisch» regelmässig, ohne Verpflichtung, erhalten möchten, senden Sie bitte Ihre Postanschrift an [solidarisch@spschweiz.ch](mailto:solidarisch@spschweiz.ch).

Mit bestem Dank  
SP Schweiz

KLIMAGIPFEL VON PARIS

# Jetzt müssen Taten folgen

**DIE STAATENGEMEINSCHAFT HAT IN PARIS DAS ENDE DES FOSSILEN ZEITALTERS EINGELÄUTET.** Auch die Schweiz muss jetzt vorwärts machen. Dazu gehören intelligente Anreize fürs Benzinsparen und der Abzug unserer Pensionskassengelder aus der Ölindustrie.



Beat Jans,  
Nationalrat SP,  
Basel-Stadt

«This ist huge» twitterte Barack Obama, nachdem Konferenzleiter Laurent Fabius mit dem Hammer den Abschluss des Klimavertrags besiegelt hatte. Tatsächlich bildet die Vereinbarung des Pariser Klimagipfels ein solides Fundament für eine globale Lösung des immensen Klimaproblems. Noch Wochen vorher hätte kaum jemand darauf gewettet, dass alle Länder, auch die grössten Klimasünder, einem Vertrag zustimmen würden. Und die angestrebten Ziele sind hoch: Die Klimaerwärmung soll die kritische Grenze von zwei Grad gegenüber vorindustriellen Zeiten nicht überschreiten. Neu werden gar 1,5 Grad angestrebt und was noch erstaunlicher ist: Ab 2050 soll jedes Land netto keine Klimagase mehr emittieren. Das ist dringend nötig, denn die Klimawissenschaftler sind sich inzwischen einig: Wenn die Klimaerwärmung eine bestimmte Temperatur, einen so genannten Kippunkt überschreitet, dann gerät sie ausser Kontrolle und kann nicht mehr gestoppt werden. Das muss die Weltgemeinschaft entschlossen verhindern.

## Vertrag ist Herausforderung und Chance

Für die Schweiz ist das eine riesige Herausforderung. Denn sie kann die Klimagase mit den bisher vorgeschlagenen Massnahmen



im CO<sub>2</sub>-Gesetz und mit der noch nicht zu Ende beratenen Energiestrategie 2050 nur um etwa die Hälfte senken. Das Paris-Ziel bedeutet also eine Verdoppelung unserer Anstrengungen. Es ist aber auch eine Chance. Denn eine Abkehr von fossilen Energiequellen bedeutet, dass jährlich sechs bis zehn Milliarden Schweizer Franken in der Schweiz verbleiben und nicht mehr für den Kauf von Öl oder Erdgas in teilweise Krieg führende Länder abfließen müssen. Weil die Schweiz im Cleantechbereich auf führende Forschung und Innovation zurückgreifen kann, birgt der Umstieg für viele Schweizer Firmen erhebliche Entwicklungsmöglichkeiten.

## Wirtschaftsfreundliche Energiewende ist möglich

Aber ein Vertrag ist sein Papier nur wert, wenn er auch umgesetzt wird. Dafür muss die Schweizer

Politik die Vorgaben deutlich verschärfen, mit der Gebäudeeffizienz, den Gerätestandards und der Förderung von effizienter und erneuerbarer Technologien vorwärts machen. Und sie muss endlich auch bei den fossilen Treibstoffen ansetzen. Deren Verbrauch steigt in der Schweiz Jahr für Jahr weiter an. Weil isolierte und hohe Lenkungsabgaben auf Benzin aber zu Benzintourismus führen würden, muss die kleine Schweiz andere Lösungen suchen. Sie muss erstens eine Lenkungsabgabe auf Benzin einführen, die sicherstellt, dass die Schweizer Benzinpreise entsprechenden Preissteigerungen in der EU folgen und zweitens im Inland eine kilometerabhängige Abgabe ähnlich der LSVA einführen. Wichtig ist, dass die durch diese Massnahmen eingenommenen Abgaben an Familien und Firmen zurückverteilt werden. Nur so kann die Energiewende sozialver-

träglich und wirtschaftsfreundlich erfolgen.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist, dass wir besser kontrollieren, was unsere Geldanlagen anrichtet. Eine aktuelle Studie des Bundesamtes für Umwelt hat ergeben, dass allein unsere Pensionskassen und deren ausländische Aktien mit 25 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> im Ausland gleich viel Klimaschaden verursachen wie die Hälfte aller Haushalte und Firmen in der Schweiz zusammen. Die SP verlangt deshalb klare Regeln, damit unsere Pensionskassen nicht mehr in Erdölkonzerne investieren. Es ist absurd, wenn wir mit viel Aufwand den Ausstoss in der Schweiz senken, mit unserem Vorsorgekapital aber im Ausland das Klima aufheizen. Denn das Öl oder Gas, das Shell, Exxon mobile, BP und Co. jetzt noch finden, darf gar nie verbrannt werden, wenn die Klimaziele von Paris erreicht werden sollen.



**ALTERNATIVE  
BANK  
SCHWEIZ**

**Anders als Andere.**



**«Die ABS und die Gesewo verbindet der umsichtige Umgang mit ökologischen Ressourcen. Unser Projekt beweist, dass es sich lohnt.»**

**Martin Geilinger, Geschäftsführer der gemeinnützigen Genossenschaft für selbstveraltetes Wohnen, Gesewo, Winterthur.**

Die Alternative Bank Schweiz AG ist seit ihrer Gründung auf gemeinnützige Wohnprojekte spezialisiert. Schweizweit beraten wir kleine, selbstverwaltete Genossenschaften ebenso wie grosse, professionell verwaltete Wohnbauträger.

Dank dem einzigartigen ABS-Geschäftsmodell können auch unkonventionelle Wohnformen realisiert werden: Mit ABS-Förderkrediten unterstützen wir partizipatives und autonomes Wohnen und Wohnraum zu besonders fairen Preisen.



**[www.abs.ch](http://www.abs.ch)**